

Im Rahmen der Nominierungsprozesse, in denen tatsächlich ein Kandidatenwettbewerb stattfindet, sollte daher eine Reihe von öffentlichen Vorstellungsveranstaltungen durchgeführt werden, die das jeweilige Wahlgebiet in einer sinnvollen Weise abdecken. Im Rahmen dieser Versammlungen könnte sowohl den Vollmitgliedern als auch den schon vor Beginn des Auswahlprozesses registrierten Unterstützern die Möglichkeit gegeben werden, durch ihre Unterschrift auf ausliegenden Listen für einen der Kandidaten zu stimmen. Das Ergebnis dieser Listenwahlen könnte sodann der Nominierungsversammlung als Empfehlung vorgelegt werden. Würde eine solche Empfehlung sich eindeutig für einen Kandidaten aussprechen, so würde damit – auch angesichts der zu erwartenden Medienaufmerksamkeit – durchaus ein hoher Druck auf den Nominierungsparteitag ausgeübt. Die eigentliche Entscheidung über die Kandidatennominierung würde aber bei den Delegierten verbleiben.

Durch die Tatsache, dass Unterstützer sich nur durch den Eintrag in die bei den Vorstellungsveranstaltungen ausliegenden Listen an der Kandidatennominierung be-

teiligen können, wird sichergestellt, dass sich Personen beteiligen, die tatsächlich ein hohes Interesse an der Teilnahme am Entscheidungsprozess haben, und daher auch bereit sind, dafür ein gewisses Ausmaß an Zeit und Mühe aufzuwenden. Die gegen eine Beteiligung von Nichtmitgliedern angeführte Gefahr eines möglichen Missbrauchs der Kandidatennominierung durch den politischen Gegner erscheint daher relativ gering. Zudem ist zu erwarten, dass in der heutigen Mediengesellschaft eine durch den politischen Gegner organisierte Welle von Unterstützeranträgen sehr schlecht vor der Öffentlichkeit zu verbergen wäre und beim Bekanntwerden auf den politischen Gegner zurückschlagen würde.

Abschließend muss betont werden, dass die innerparteilichen Willensbildungsprozesse in Sach- und Personalfragen durch die hier vorgeschlagenen Reformmaßnahmen komplizierter, zeitaufwändiger und kostenintensiver sowie in ihren Ergebnissen weniger vorhersehbar werden. Die Partei muss entscheiden, ob sie diese Nachteile in Kauf nimmt, um dem Credo ihres großen Vorsitzenden Willy Brandt zu folgen und mehr Demokratie zu wagen.

Gespräch mit Astrid Klug

»Wir wollen eine Veränderungskultur etablieren«

Die Bundesgeschäftsführerin der SPD im Gespräch mit der »NG/FH« über die anstehende Organisationsreform der Partei. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Die Zahl der Mitglieder in der SPD hat sich seit 1990 halbiert. Vor Kurzem hat nun aber der Parteienforscher Elmar Wiesendahl gesagt, dass die SPD, wenn sie sich anstrengt und den Groll ihrer Mitglieder und der Gesellschaft überwindet, das Potenzial habe, die modernste Beteiligungspartei Europas zu werden. Was unternimmt die SPD, um dieses Potenzial auszu-schöpfen?

Astrid Klug: Die SPD ist dabei, sich inhaltlich weiterzuentwickeln und organisatorisch zu erneuern. Beides gehört zusammen. Nur mit einer schlagkräftigen Organisation können überzeugende Inhalte mehrheitsfähig und realisiert werden. Deshalb befinden wir uns zur Zeit in einem Reformprozess, den wir nach der Bundestagswahl gestartet haben. Neben der inhaltlichen Diskussion in den Zukunfts-

werkstätten und in der Fortschrittsdebatte wollen wir die Partei organisatorisch erneuern. Als erstes haben wir – übrigens zum ersten Mal in der Geschichte der Partei – alle Ortsvereine danach befragt, wie sie arbeiten, was sie von der Bundesebene erwarten, wo sie die wichtigsten Herausforderungen für die SPD sehen. Darauf basierend haben wir einen Reformprozess gestartet, der mit Beschlüssen, satzungsändernden Anträgen sowie einem »Organisationspolitischen Grundsatzprogramm« beim Bundesparteitag im Dezember einen ersten Abschluss findet. Wir wollen den Anspruch, eine moderne Volkspartei zu sein, mit konkreten Vorschlägen untermauern.

NG/FH: Diese Absicht lässt vermuten, dass die berühmte Äußerung Herbert Wehners, dass Organisationsfragen politische Machtfragen sind, von der SPD-Führung beherzigt und jetzt erkannt und umgesetzt werden soll. Ein Organisationspolitisches Grundsatzprogramm in diesem Sinne gab es freilich noch nie. Zeichnet sich jetzt schon ab, welche Neuerungen es gegenüber der jetzigen Organisationsstruktur geben wird?

Klug: Moderne Volkspartei zu sein, bedeutet vor allem, Menschen zum Mitdiskutieren und zum Mitmachen zu bewegen. Dazu müssen wir unsere Mitglieder, unsere Sympathisanten und alle, die sich konstruktiv mit der SPD auseinandersetzen wollen, dort abholen, wo sie sind. Räumlich, in ihrer Lebenswirklichkeit und in ihrem Lebensgefühl. Noch immer gibt es viele, die an der klassischen Parteilarbeit motiviert teilhaben. Die wollen wir stärken, nicht zuletzt durch mehr Mitsprachemöglichkeiten für Mitglieder. Wir wollen aber auch Angebote für alle diejenigen machen, die mit dauerhafter klassischer Parteilarbeit nichts anfangen können und sich vielleicht nur temporär engagieren wollen. Es geht also um eine Öffnung der SPD in



Astrid Klug.

alle Richtungen: Mitgliedereinbindung, aktive Sympathisantenansprache, kritisch-konstruktiver Dialog, Meinungsbildung von unten nach oben, mehr Einflussmöglichkeiten, kurz: mehr Demokratie in der SPD leben.

NG/FH: Zum Vorschlag, Nicht-Mitglieder an den Aktivitäten teilhaben zu lassen. Wie weit kann so etwas gehen? Viele der Funktionäre und Mitglieder sagen: Wir engagieren uns die ganze Zeit, wir wollen auch mehr Rechte haben. Umgekehrt: Wenn man den Nicht-Mitgliedern bloße Beratungsrechte gibt, ohne echte Mitentscheidungsmöglichkeit, dann haben sie wohl auch wenig Lust, sich zu engagieren. Wie könnte eine Lösung für dieses Dilemma aussehen?

Klug: Es geht nicht darum, die Mitgliedschaft in der SPD zu entwerten. Ganz im Gegenteil: Die Mitgliedschaft wollen wir

aufwerten. Wir wollen, dass sich mehr Mitglieder als bisher aktiv einbringen. Aber wir wollen unser ganzes Potenzial ausschöpfen und die ansprechen, die nicht oder noch nicht Mitglied sind, sich allerdings für politisches Engagement interessieren. Wir diskutieren verschiedene Modelle, wie wir Sympathisanten der SPD, die sich für die gleichen Themen interessieren wie wir, zeitlich befristet die Möglichkeit geben können, bei uns mitzuarbeiten und über ihr Engagement Einfluss zu nehmen auf die Meinungsbildung in der SPD, verbunden natürlich auch mit der Hoffnung, dass sie sich darüber dann für eine dauerhafte Mitgliedschaft entscheiden.

NG/FH: Daneben gibt es das Stichwort einer Mitwirkung oder eines Engagements jenseits des Ortsvereins, wo anscheinend für viele die Kommunikationsformen nicht mehr attraktiv sind. Was kann man sich darunter vorstellen?

Klug: Es gibt viele Ortsvereine, die sehr attraktiv sind, und auch viele Menschen, die diese Arbeit schätzen. Aber es gibt eben auch diejenigen, die öfters den Wohnort wechseln müssen, die sich eher für überörtliche Themen interessieren, aufgrund ihrer Lebenssituation – etwa aus zeitlichen Gründen – die Angebote ihres Ortsvereins nicht nutzen können oder bei sich vor Ort nicht mehr die entsprechende SPD-Struktur finden. Viele von denen treten schnell wieder aus oder gar nicht erst ein, weil sie keinen Anschluss an die Parteiarbeit finden, obwohl sie sich engagieren wollten. Deshalb brauchen wir neue Formen von Engagement, z.B. über das Internet. Bei der Möglichkeit, sich unabhängig von einem bestimmten Ort in die Arbeit der SPD einzubringen, wird das Internet ein Schlüssel sein.

NG/FH: Jeweils am Anfang bzw. am Ende der 90er Jahre hat es SPD-Reformkommissionen gegeben. Da sind Vorschläge erar-

beitet worden, die teilweise auch in diese Richtung gingen. In der Praxis sind diese aber ausgebremst worden, v.a. durch das Beharrungsvermögen der mittleren und unteren Funktionäre, die einfach kein Interesse hatten, das umzusetzen, weil für sie selber der alte Trott ganz attraktiv war. Wie kann man solch ein Beharrungsvermögen überwinden, um neue Ideen auch in die Praxis umsetzen zu können?

Klug: Lassen Sie mich zunächst einmal eine Lanze für die vielgescholtenen sogenannten mittleren und unteren Funktionäre brechen. Nach der Ortsvereinsbefragung haben wir die Erkenntnisse in einer Reihe von Werkstatt-Gesprächen mit vielen verschiedenen Vertretern aller Organisationsebenen vertieft. Dabei ist deutlich geworden: Die SPD vor Ort ist bunt, engagiert und sich ihrer Defizite wohl bewusst, und zwar mehr als noch vor 10 oder 20 Jahren. Jetzt geht es darum, gemeinsam Know-How zu entwickeln und einen Veränderungsprozess anzustoßen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Reform der SPD eine Daueraufgabe werden muss. Wir setzen auf stetige Weiterentwicklung, nicht auf kurzfristige Show-Effekte. Das Organisationspolitische Grundsatzprogramm wird dabei unser Leitfaden sein. Und wir wollen mit der Debatte eine Veränderungskultur etablieren, also einen Geist, der diejenigen stärkt, die die SPD der Zukunft erfolgreich mitgestalten wollen.

NG/FH: Welche Rolle spielt in diesem Prozess die Parteiführung?

Klug: Die Parteiführung versteht sich als Motor des Prozesses. Sigmar Gabriel und Andrea Nahles stoßen die Debatte mit eigenen Vorstellungen an und suchen den Dialog. So werden sie im Vorfeld des Parteitages im Herbst auf Tour durch die Partei gehen und in den Landesverbänden und Bezirken mit den Mitgliedern über die Vorschläge für den Parteitag diskutieren.